

+++ PRESSEMITTEILUNG +++

+++ 27.03.2014 +++

Verfassungsbeschwerde gegen das Bundesmeldegesetz eingelegt

Kritik hauptsächlich an vielfacher Verletzung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung

Gegen das zum 1. Mai 2015 in Kraft treten sollende Bundesmeldegesetz ist eine Verfassungsbeschwerde eingelegt worden. In der im Original 67 Seiten lange Beschwerdeschrift wird auf 16 Teile des Gesetzes verwiesen, die nach Meinung des Beschwerdeführers hauptsächlich das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verletzen.

Das Bundesmeldegesetz wurde im Mai 2013 verkündet und soll zum 1. Mai 2015 in Kraft treten. Das Inkrafttreten in der jetzigen Form soll mit der Verfassungsbeschwerde[1] verhindert werden. Die Beschwerde mit dem Aktenzeichen 1 BvR 746/14 greift eine Reihe der von der Initiative freiheitsfoo Anfang März veröffentlichten Kritikpunkte[2] auf und legt diese dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor.

Beklagt werden unter anderem die vielfachen Beschneidungen der Auskunftsrechte durch die bei den Meldeämtern registrierten Menschen sowie der schwerwiegende Eingriff in das Vertrauensverhältnis im Mietverhältnis, weil den Mieter neue Befugnisse und Verpflichtungen zur Datenabfrage und -angabe über ihre Mieter zugeteilt werden sollen. Ebenso wird die neue Praxis kritisiert, wonach zukünftig alle privaten Übernachtungen in Hotels und Pensionen mittels Meldescheinen erfasst werden sollen.

Besonders schwerwiegend scheinen dem Beschwerdeführer Michael Ebeling aus Hannover die automatisierten 24/7-Zugriffsbefugnisse von tausenden von Behörden auf die Meldedaten aller in Deutschland lebenden Menschen. Damit verbunden sind Datenzentralisierungen in vielen Bundesländern - und das bei vielfach höchst mangelhaften IT-Sicherheitsbedingungen in den Kommunen, wie neulich eindrucksvoll belegt[3] worden ist.

Schließlich greift die Verfassungsbeschwerde auch noch die Regelungen zur Weitergabepaxis von persönlichen Meldeamtsdaten an Unternehmen und Adresshändler an.

"Auf eine anwaltliche Unterstützung habe ich bei der Erstellung meiner Verfassungsbeschwerde bewusst verzichtet und insofern bin ich relativ nüchtern, was die Chancen auf einen Erfolg betrifft", meint Michael Ebeling von der Initiative freiheitsfoo. "Andererseits bin ich der festen Überzeugung, dass das Bundesmeldegesetz unhaltbar ist, dass es wesentliche Grundrechte völlig unverhältnismäßig beschneidet und zu großen Datenschutz-Risiken führen wird - und das es deswegen grundlegend verändert gehört."

In vielen der neuen Regelungen sieht Ebeling sogar markante und nachdenklich machende Parallelen zu Erfassungsmaßnahmen der NS-Zeit und verweist auf einen Textvergleich[4] zwischen der kritisierten Gesetzgebung und den melderechtlichen Regelungen von vor 75 Jahren.

[1]
<http://wiki.freiheitsfoo.de/uploads/Main/VB-BMG-Anon.pdf>

[2]
<https://freiheitsfoo.de/2014/03/04/bmg/>

[3]
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST16-1358.pdf?von=1&bis=0>

[4]
<http://wiki.freiheitsfoo.de/uploads/Main/BMG-und-NS-Erfassungen.pdf>